

KOLONIALES ERBE: NEUE REGIERUNG PLÄDIERT FÜR DOKUMENTATIONSZENTRUM IN BREMEN

# Debatte um Erinnerungskonzept

VON SILKE HELLOWIG

Wie geht Bremen, wie geht der Bund mit seinem kolonialen Erbe um? Damit beschäftigen sich Bremens Grüne intensiv. „Die Debatte muss raus auf die Straße, rein in die Gesellschaft, die Museen, die Unis, die Schulen“, schreibt die Bundestagsabgeordnete Kirsten Kappert-Gonther auf ihrer Homepage. „Wir müssen uns der Vergangenheit stellen, damit wir keine falschen Entscheidungen für Gegenwart und Zukunft treffen, deshalb liegt mir das Thema so am Herzen“, sagt sie. Die Aufarbeitung habe 2018 – 100 Jahre nach Ende der deutschen Kolonialherrschaft – erstmals Erwähnung im Koalitionsvertrag der Bundesregierung gefunden. „Es ist ein verdrängtes Kapitel unserer Geschichte.“

Im Februar hat die Grünen-Fraktion im Bundestag einen Antrag zur „kulturpolitischen Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes“ eingebracht, der in den Kulturausschuss überwiesen wurde. „Ich fürchte, dass unser Antrag abgelehnt wird, weil es ein Antrag der Opposition ist“, sagt Kirsten Kappert-Gonther. „Er hat aber dazu geführt, dass erstmals im Bundestag der verantwortungsvolle Umgang mit unserem kolonialen Erbe debattiert worden ist.“ Sie rechne auch fest damit, dass das Budget für die Provenienzforschung und Restitution im Bundeshaushalt erhöht werde. Die Grünen fordern außerdem, eine institutionell und rechtlich abgesicherte Infrastruktur zur Aufarbeitung. Dazu zähle auch eine zentrale Lern- und Erinnerungsstätte in Berlin.

## „Vorstufe des Erinnerungskonzepts“

In Bremen gibt es eine Reihe von Aktivitäten, eingebunden sind die Parteien, das Kultursort samt einiger Einrichtungen, die Landeszentrale für politische Bildung (siehe Interview) sowie eine Vielzahl ehrenamtlicher Initiativen. 2015 beantragten die Fraktionen Grüne und SPD gemeinsam ein Erinnerungskonzept Kolonialismus. Im Herbst stellte Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz (SPD) in der Stadtbürgerschaft fest, dass „ein längeres Papier“ vorliege, „das als Vorstufe für ein Erinnerungskonzept angesehen werden kann“. Dem Grünen Ralph Saxe, einer der maßgeblichen Initiatoren des Antrags, reicht das nicht. Es fehle nicht an gutem Willen, aber an Ressourcen, um das Thema so gründlich anzugehen, wie es sein müsse.

Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und Linken, der dieser Tage unterzeichnet werden soll, ist festgehalten, dass Bremen „bereits ein Erinnerungskonzept zum Kolonialismus umsetzt“. Wie weit das Konzept gediehen und was darunter zu verstehen ist, darüber gibt es geteilte Einschätzungen. Gudrun Eickelberg, Vorsitzende des Vereins „Der Elefant!“ und Mitglied des Beirats Schwachhausen fordert ein stadtübergreifendes Erinnerungskonzept, das seinen Namen auch verdiene. „Das muss natürlich mit ausreichenden Finanzmitteln seitens der Stadt unterstützt werden.“

Im Koalitionsvertrag ist überdies von „einem zentralen Erinnerungsort mit einem Dokumentationszentrum“ im Nelson-Mandela-Park die Rede. Ist das überhaupt finanzierbar? Die Frage sei, wie groß man bei einem solchen Vorhaben denken müsse, sagt die Kulturstaatsrätin. „Eine denkbare Variante wäre, dass wir dabei an der vorhandenen Infrastruktur im Übersee-Museum ansetzen können.“ Sie zähle auch darauf, dass bremische Akteure von Förderprogrammen des Bundes profitieren.

Vorgesehen hat die neue Regierung überdies, dass die im Kultursort angesiedelte „Gesprächsrunde Kolonialismus“ mit den Beiräten „und der entsprechenden Community“ Vorschläge für „eine kritische Erinnerungsarbeit bei Straßennamen mit kolonialem Kontext entwickeln und auch die Umbenennung dieser Straßennamen prüfen“ soll. In Schwachhausen sind nach Angaben des Beiratsmitglieds Gudrun Eickelberg drei Straßenschilder mit Legenden versehen. Das sei nicht genug. Auch



Die Grünen Kirsten Kappert-Gonther und Ralph Saxe engagieren sich für die Aufarbeitung des kolonialen Erbes.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

hier, findet Ralph Saxe, hätte in der Vergangenheit schon mehr passieren müssen. „Mein Vorwurf ist, dass praktisch nicht umgesetzt worden ist, was schon längst hätte umgesetzt werden können, weil kein Geld zur Verfügung gestellt worden ist.“ Andere der in der Bürgerschaft in Fraktionsstärke vertretenen Parteien sehen das ähnlich (siehe Texte rechts).

Erstmals in diesem Jahr laden die Landeszentrale für politische Bildung, der Verein „Der Elefant“ und das Afrika-Archiv an diesem Sonntag zu einem Gedenktag ein. Anlass ist der 115. Jahrestag der Schlacht von Ohamakari, auch „Schlacht am Waterberg“ genannt. Den Hintergrund erläutert die Landeszentrale (siehe auch Interview unten): „Auftrag für den Genozid war die Schlacht von Ohamakari am 11. August 1904. Bis 1908 dauerten der Kolonialkrieg und die systematische Verfolgung und Vernichtung der Ovaherero, Ovambanderu und Nama/Damara an. Bis zu 80 000 Menschen wurden dabei ermordet; sie star-

ben durch militärische Gewalt, durch Verdurstung und Verhungern auf der Flucht oder an der Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern der deutschen Kolonie.“ Die Veranstaltung ist Teil der „kulturpolitischen Leitlinien zum Umgang mit dem kolonialen Erbe“, des „längeren Papiers“, von dem die Staatsrätin sprach und das die Kulturdeputation im April beschlossen hat.

Das Übersee-Museum stellt sich dem Thema ebenfalls. Seit 2016 untersuchen die Mitarbeiter gemeinsam mit der Uni Hamburg die Geschichte seiner kolonialen Afrika-Sammlung. Die Herkunft von rund 3000 Objekten aus Kamerun, Tansania und Namibia soll geklärt werden. Museumsdirektorin Wiebke Ahrndt steht an der Spitze einer Arbeitsgruppe des Deutschen Museumsbundes, die den Umgang mit dem kolonialen Erbe behandelt. 2017 gab das Museum Maori- und Moriori-Gebeine an die Nachfahren zurück. Im selben Jahr befasste sich die Kunsthalle mit

ihren kolonialen Vergangenheit. Ausstellungstitel: „Der blinde Fleck“.

Überdies entwickle das Übersee-Museum einen Ausstellungsschwerpunkt Kolonialismus unter besonderer Berücksichtigung der Bremer Rolle und der eigenen Sammlungsgeschichte. „Das ist eine vorbildliche Herangehensweise, die sich im Bundesvergleich sehen lassen kann.“ Die Kulturstaatsrätin resümiert: „Unter den gegebenen Bedingungen haben wir schon einiges auf den Weg gebracht. Das entpflichtet uns nicht, uns immer wieder zu hinterfragen und zu überlegen, was wir noch und besser machen können.“

Die Gedenkstunde an diesem Sonntag, 11. August, beginnt um 11 Uhr am Mahmal für die Opfer des Völkermords in Namibia 1904 - 1908. Ort: Nelson-Mandela-Park. Das Programm wird musikalisch umrahmt von Ady Ariwodo; Virginie Kamche und Israel Kaunatjke wurden als Redner gewonnen.

CDU

„Wir müssen uns der Vergangenheit stellen. Wir haben in Bremen schon länger eine zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema, was wir als CDU sehr begrüßen. Deshalb gibt es schon eine Reihe von Initiativen. Auch das Überseemuseum engagiert sich sehr, was wir ebenfalls unterstützen. Es ist richtig, dass wir uns mit dem Kolonialismus kritisch beschäftigen und die Provenienzforschung intensiviert wird, aber wir sollten darauf achten, keine Doppel- und Dreifachstrukturen zu schaffen. Wichtig scheint mir auch, dass wir uns auf europäischer Ebene endlich dem Thema stellen.“

Ich glaube, dass in Bremen schon viel geschieht, auch wenn noch einiges passieren muss. Ich habe den Eindruck, dass das Erinnerungskonzept vielerorts zu Enttäuschungen geführt hat, weil es an Personal und Geld fehlt, um es in konkrete Schritte umzusetzen. Wer mehr will, muss auch die entsprechenden Ressourcen bereitstellen.“

Claas Rohmeyer,  
Bürgerschaftsabgeordneter

DIE LINKE.

„Bis heute sind die deutschen Kolonialverbrechen nicht angemessen aufgearbeitet. Hierzu gehört für uns insbesondere, dass die Opfergruppen des Völkermords in Namibia immer noch keine Entschädigungszahlungen von deutscher Seite erhalten haben. Außerdem bekommen die hiesigen Museen viel zu wenig Unterstützungen, um geraubtes Kolonialgut in ihren Sammlungen zu identifizieren und zurückzugeben. Diese Prozesse müssen durch die Bundesregierung wesentlich stärker unterstützt werden.“

Bei den Fragen der Bildungs- und Vermittlungsarbeit sehen wir vor allem die Länder in der Pflicht. Unsere schulischen Richtlinien in Bremen müssen wir beispielsweise selbst schnell überarbeiten und die Verbrechen der Kolonialzeit als Lerninhalte verankern. Bei den Straßennamen mit kolonialem Bezug wünschen wir uns von den Beiräten in Bremen mehr Mut zur Veränderung.“

Miriam Strunge,  
Bürgerschaftsabgeordnete

Freie Demokraten  
FDP

„Eine Stadt, die sich einmal selbst als ‚Stadt der Kolonien‘ bezeichnet hat, hat viel aufzuarbeiten. Die FDP setzt sich für die Auseinandersetzung mit unserem kolonialen Erbe ein, auch auf Bundesebene. Die Ausstellung in der Kunsthalle im Jahr 2017 war für Bremen bereits ein guter Beitrag. Wir halten die Auseinandersetzung aber vor allem für eine Aufgabe des Überseemuseums. Das Museum hat in diesem Zusammenhang aus seiner Historie heraus eine besondere Rolle und Verpflichtung, die es für die Aufarbeitung prädestiniert. Dort passiert auch schon viel.“

Von dem im Entwurf des Koalitionsvertrags beschriebenen Dokumentationszentrum für die Opfer des Kolonialismus wissen wir noch zu wenig, um uns dazu eine klare Meinung zu bilden. Auch der Erwägung Straßen umzubenennen, verschließen wir uns nicht generell. In Bremen passiert schon einiges, was die Aufarbeitung des kolonialen Erbes betrifft, aber es gibt noch weiße Flecken und Fragen, die beantwortet werden müssen.“

Magnus Buhler,  
Bürgerschaftsabgeordneter

Alternative  
in  
Deutschland

„Wenn die Grünen oder andere Gruppen mit Problemen zur deutschen Nation hier einen Schuld kult betreiben, so verwundert das kaum – gemäß der Feststellung des grünen Bundesvorsitzenden Robert Habeck: ‚Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht.‘ Die AfD lehnt diese Selbstkasteiungen der kurzen deutschen Kolonialgeschichte nach über 100 Jahren ab. Es ist nun Geschichte, sonst nichts!“

Die Grünen hätten hingegen allen Grund in ihrer eigenen jüngeren Geschichte Orte der Verirrungen in Zusammenhang mit der Odenwaldschule, der einstigen Forderung nach straffreier Pädophilie und mit ihren Bezügen zum Terrorismus der RAF und PLO zu erforschen und eine nationale Gedenkstätte für deren Opfer zu fordern – gern dann in Bremen!“

Thomas Jürgewitz,  
Fraktionsvorsitzender

## „Wichtiger ist ein lebendiges Netzwerk“



**Thomas Köcher**  
ist seit 2013 Leiter der Bremer Landeszentrale für politische Bildung. Zuvor war der Politik- und Geschichtswissenschaftler Leiter des Referats Lehre und Studium an der Universität Bremen.

Herr Köcher, inwiefern engagiert sich die Landeszentrale für politische Bildung für die Aufarbeitung des Kolonialismus in Bremen?

Thomas Köcher: Für uns ist das noch ein eher junges Thema, wir beschäftigen uns seit etwa drei Jahren damit. Wir haben an den Bürgerdialogen zu dem Thema teilgenommen und uns mit den vielfältigen Akteuren vernetzt, die sich für dieses Thema engagieren. In diesem Jahr richten wir erstmals die Gedenk-

stunde am Elefanten anlässlich des 115. Jahrestags der Schlacht am Waterberg aus.

Sie sind obendrein damit beauftragt worden, ein sogenanntes Erinnerungskonzept zu erarbeiten.

Das ist richtig, aber der Begriff Erinnerungskonzept ist unklar und wird unterschiedlich interpretiert. Ich glaube zum Beispiel nicht, dass es der Sache dienlich ist, wenn man ein Papier verfasst, dass der Stadt ein Programm überstülpt. Ich halte es für richtiger und wichtiger, dass sich die vorhandenen Akteure vernetzen und sich verständigen, was man gemeinsam auf die Beine stellen kann. Mein Wunsch wäre, dass wir eine Erinnerungsstrategie entwickeln, mit der man die Fragen behandelt, die sich stellen, mit der man die Bezüge lebendig hält, die Netzwerke pflegt und zuseht, gemeinsame Themen und Aktivitäten zu entwickeln.

Man hätte vermuten können, dass es Ihnen an Personal und Geld fehlt, um sich dem Thema so zu widmen, wie es das verdient hätte.

Das ist auch richtig, wir können es nur als ein Thema unter vielen Themen bearbeiten, weil es eine Zusatzaufgabe ist. Aber meine Bedenken beziehen sich mehr auf den Inhalt. Ich halte es für wichtig, alle Beteiligten immer wieder zusammenzurufen, zu schauen, welche Unterstützung sie brauchen und daraus etwas zu entwickeln. Auch die Gedenkstätte soll ein Anstoß für mehr sein. Wenn Interesse da ist, werden wir nächstes Jahr ein Veranstaltungsprogramm erarbeiten und anregen, gemeinsam in Netzwerken Veranstaltungen um den Gedenktag herum zu organisieren.

Sie haben mit anderen Landeszentralen für politische Bildung zu tun. Was geschieht dort? Da passiert noch nicht so viel, außer in Berlin, wo es ebenfalls großes zivilgesellschaftliches

Engagement zum Thema koloniales Erbe gibt. Grundsätzlich kann man sagen, dass Bremen bei diesem Thema schon sehr weit ist und sehr viel unternimmt, im Vergleich mit anderen Städten oder Ländern.

Wäre es nicht auch wichtig, die Auseinandersetzung in die Schulen zu tragen und dort Veranstaltungen anzubieten?

Sicher, aber auch hier sind unsere Möglichkeiten begrenzt. In den Bildungsplänen der Fächer Geschichte, Politik und Geografie ist die Verbindung zwischen dem Kolonialismus und der Entwicklung Bremens und Bremerhavens enthalten. Es würde aber sicher nichts schaden, weitere Angebote für Lehrerinnen und Lehrer zu diesem Thema zu entwickeln und sich als Schule mit den vielfältigen Initiativen dieser Stadt zu vernetzen.

Das Gespräch führte Silke Hellwig.